

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Wagle

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Gerd Mannes

Abg. Inge Aures

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Manfred Eibl

Staatsminister Hubert Aiwanger

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**WLAN in Bayerischen Regionalbahnen - Netzausbau zügig voranbringen
(Drs. 18/2595)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**WLAN in Bayerischen Regionalbahnen - WLAN-Empfang als Standardausschreibungskriterium bei der Vergabe von Bahnleistungen
(Drs. 18/2618)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Martin Wagle von der CSU-Fraktion.

Martin Wagle (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sicher kennen viele von Ihnen die Situation: Sie fahren mit der Bahn und führen ein Telefongespräch. Plötzlich ist die Verbindung weg, der Kontakt zu Ihrem Gesprächspartner ist abgebrochen. Das ist sehr ärgerlich. Ich selbst kenne diese Situation aus eigener Erfahrung, weil ich sehr häufig mit der Bahn fahre. Wie es Ihnen und mir geht, geht es täglich Tausenden von Pendlern auf ihrem Weg zur Arbeit. Ich bin der Meinung, das passt nicht in unsere Zeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, moderne Kommunikation mit leistungsfähigem WLAN ist in der heutigen Zeit kein Luxusartikel nach dem Motto: Schön, wenn es da ist; wenn es nicht da ist, ist das auch kein Problem. – WLAN ist vielmehr ein wichtiger Service,

um mehr Menschen zu bewegen, regionale Bahnen zu nutzen. Das wäre nicht nur aus Umweltsicht zu begrüßen, sondern das wäre ein echter Mehrwert für die Pendler, die nebenbei wichtige Dinge erledigen oder sich auf ihren Arbeitstag vorbereiten können.

Was im ICE- und Intercity-Verkehr schon lange möglich ist, muss auch auf den regionalen Strecken möglich sein. Voraussetzung für ein funktionierendes WLAN in den Regionalzügen ist allerdings eine flächendeckende, hochwertige Infrastruktur entlang der Strecken. Für diese Infrastruktur ist das Ministerium für Wohnen, Bau und Verkehr nicht zuständig. Daher wird die Bayerische Staatsregierung mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass aus den Erlösen der 5G-Auktionen, die sehr üppig ausgefallen sind, der dringend notwendige Ausbau an den Schienenstrecken der Regionalzüge gefördert und vorangetrieben wird.

Jetzt komme ich zum Antrag der GRÜNEN. Die Installation von Router- und Repeater-Technik würde ohne einen Ausbau der Schienenstrecken für Regionalzüge keinen Sinn machen. Wir hätten dann eine Technik, die nicht benutzt werden kann. Die Ausrüstung der Züge sollte an den Ausbau der Infrastruktur gekoppelt sein. Ich gebe Ihnen aber recht: Die Züge müssen technisch entsprechend ausgestattet sein. Zuerst kommen die Infrastruktur und das Netz, und daran gekoppelt wird der Ausbau der Züge mit der Router- und Repeater-Technik vorgenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen den Verkehr der Zukunft umweltfreundlich gestalten. Deshalb führt am Bahnverkehr kein Weg vorbei. Insbesondere auf den Pendlerstrecken muss der Umstieg von der Straße auf die Schiene attraktiver gemacht werden. In Zeiten der Digitalisierung kommen wir an einem guten Mobilfunkempfang nicht vorbei. Der Bund sollte daher die nötigen Mittel in die Hand nehmen, um diesen wichtigen Ausbau zu fördern. Wir müssen jetzt tätig werden. Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Wagle. – Der nächste Redner ist der Kollege Benjamin Adjei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich folgende Situation vor: Auf dem Weg zur Arbeit schon einmal die E-Mails checken, sich über die aktuelle Nachrichtenlage informieren und nebenbei vielleicht eine Spotify Playlist streamen. So produktiv könnte der Start in den Tag sein. Hier in Bayern sieht die Realität jedoch ganz anders aus: Direkt am Bahnhof hat man meist noch irgendwie ein bisschen Netz. Aber bis man den Laptop aus der Tasche geholt hat, ist der Mobilfunkempfang meist schon wieder Geschichte. Die Musik ist weg, Outlook zeigt nur noch Synchronisationsprobleme an, und gelegentlich ploppt eine Push-Benachrichtigung der "SZ"-App auf. Wenn ich darauf klicke, sehe ich nur einen sich ewig drehenden Ladekringel. Aus der Traum vom Büro im Zug. Willkommen im Alptraum von Funkloch-Hopping.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn selbst der Bundeswirtschaftsminister offen zugibt, dass er im Zug keine Telefonate mehr mit Politikerinnen und Politikern aus anderen Staaten führt, weil es ihm peinlich ist, dass das Telefonat dreimal abbricht, dann ist das, ehrlich gesagt, ein ziemlich schlechtes Armutszeugnis für ein Land wie Deutschland und für Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eins ist klar: Die Digitalisierung braucht eine vernünftige Infrastruktur. Ohne Netz geht heutzutage einfach nichts mehr, auch nicht im Zug.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man sich Ihren Antrag so anschaut, könnte man den Eindruck erhalten, dass die Regierungsfaktionen das Problem auch erkannt haben und die Versäumnisse der Bundesregierung angehen möchten. Manchmal ist es jedoch sinnvoll, die Dinge von Anfang an richtig zu machen – vor allem dann, wenn man selber in den zuständigen

Ministerien sitzt – oder wenigstens im Bayerischen Landtag Taten folgen zu lassen. Beides passiert jedoch nicht.

Die Verpflichtung, auf knapp 75 % der Fläche den schnellen Mobilfunk auszubauen, ist sicherlich kein Grund dafür, von einem Erfolg zu sprechen, wie Sie es im Antrag tun. Ganz im Gegenteil: Das ist schlicht und ergreifend einfach nur peinlich. Wäre von vornherein die Fläche und nicht die Zahl der Haushalte in die 5G-Versteigerungskriterien eingeflossen und wäre nicht die Hälfte der Schienenverkehrswege von vornherein herausgenommen worden, dann müssten wir heute nicht über die Versäumnisse der Bundesregierung sprechen oder irgendetwas nachbessern. Aber gut, sei es drum. Versuchen wir jetzt, das Beste aus dem, was Ihre Bundesminister bei der Frequenzversteigerung verbockt haben, zu machen.

Sie fordern WLAN in Regionalbahnen. Das ist gut so. Das machen andere Bundesländer übrigens schon längst: die S-Bahn Stuttgart, die S-Bahn Rhein-Ruhr, die S-Bahn Rhein-Main, der Südwest-Express – überall gibt es WLAN in den Zügen, nur in Bayern nicht. Hier gibt es nur eine kleine Test-S-Bahn, die seit eineinhalb Jahren einsam in München hin und her pendelt und dort einen Testbetrieb durchführt. Das war's hier. Hier ist der Freistaat ganz klar in der Verantwortung, endlich aktiv zu werden. In Ihrem Antrag fehlt jedoch jegliche Ambition. Der Antrag enthält keine festen Ziele, keine klaren Ansagen, sondern wieder nur Augenwischerei. Das ist nicht genug, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum fordern Sie, erst nach der Fertigstellung der Infrastruktur die WLAN-Fähigkeit der Fahrzeuge als Kriterium in die Ausschreibung aufzunehmen? Dann ist zwar die Infrastruktur da, aber es gibt trotzdem noch kein WLAN in den Zügen, weil ja erst ausgeschrieben werden muss. Nehmen Sie doch bereits jetzt die WLAN-Fähigkeit in die Kriterien bei der Vergabe von Bahnleistungen mit auf, dann kann, sobald die Infrastruktur steht, der Hebel in den Zügen umgelegt werden, und WLAN ist da. Das ist alles keine

Hexerei, auch wenn manche von Ihnen das vermutlich denken. Wir haben Ihren Antrag genommen, ihn entschlackt, die sinnvollen Aspekte zeitlich konkretisiert und einen guten Auftrag formuliert. Stimmen Sie für WLAN in Regionalbahnen! Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Adjei. – Der nächste Redner ist Herr Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Bayern muss schnell und umfassend in allen Bereichen ins digitale Zeitalter kommen. Für eine erfolgreiche Industrienation sollte es eigentlich selbstverständlich sein, dass die Regierung optimale Rahmenbedingungen im Bereich der Digitalisierung schafft. Das war bisher aber nicht der Fall. Der Breitbandausbau wurde verschlafen, und Deutschland steht auf Platz 28 von 34 der OECD-Staaten. Im Koalitionsvertrag sprechen Sie von weißen Flecken, die durch das Bayerische Mobilfunk-Förderprogramm geschlossen werden sollen. Das Bayerische Förderprogramm ist sinnvoll, aber wenig ambitioniert. Die derzeit mangelnde flächendeckende Verfügbarkeit von WLAN entlang der Bahnstrecken ist sehr ärgerlich. Das muss ich selber bei meinen täglichen Anreisen nach München erleben. Bahnvorstand Berthold Huber hat angekündigt, dass die Bahn bis 2021 ohne Ausnahme in allen ICE- und Intercity-Zügen WLAN bereitstellen möchte, damit das Reisen mit der Bahn attraktiver wird.

Ein sicheres und vor allem störungsfreies Netz für Pendler und Geschäftsreisende sollte für einen Industriestaat eine Selbstverständlichkeit sein. Dass die Staatsregierung nun aufgrund des Vorstoßes der Bahn diesen Antrag ins Plenum einbringt, zeigt, dass sie reagiert und nicht vorausschauend in eigener Initiative handelt. Sie hätte sich auf Bundesebene schon vor Jahren massiv für den Ausbau der digitalen Netzabdeckung einsetzen und auch Landesmittel zur Verfügung stellen können, um ein flächendeckendes Netz in Bayern sicherzustellen.

Selbstverständlich begrüßen wir die Initiative der Staatsregierung, auch WLAN-Verbindungen in Regionalzügen zu ermöglichen. Wie will Ihr Antrag nun aber konkret die Netzabdeckung für die Bahnstrecken verbessern, und bis wann? – Das bleibt im Antrag unklar.

Die Erlöse der Vergabe der 5G-Frequenzen sollen in den bayerischen Mobilfunkausbau an Bahnstrecken investiert werden. Wie das konkret erfolgen soll, wird nicht ausgeführt. Die Bundesregierung erklärt zur Verwendung der Erlöse der 5G-Auktionen Folgendes: Die Einnahmen aus der Vergabe der 5G-Lizenzen fließen vollständig dem Sondervermögen "Digitale Infrastruktur" zu. Dabei fließen 70 % der Einnahmen dem Gigabit-Netzausbau und 30 % dem "DigitalPakt Schule" zu, wobei die Förderung des Gigabit-Netzes insbesondere dem ländlichen Raum zugutekommen soll. Zusätzlich geht ab 2020 eine durch den Bund installierte Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft – kurz MIG – an den Start. Diese soll die Mobilfunklöcher in abgelegenen Gebieten schließen. Dazu zählen dann auch Teilbereiche der Bahnstrecke.

Noch eine Anmerkung über den Antrag hinaus: Die Versteigerung der 5G-Mobilfunklizenzen hat dem Staat knapp 6,6 Millionen Euro gebracht.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Milliarden!)

– Ja, Milliarden. Dieses Geld wird dem Netzbetreiber beim Ausbau des 5G-Netzes entzogen und soll für die Versäumnisse der Vergangenheit zum Ausbau des 4G-Netzes verwendet werden. Deshalb muss man sich die Frage stellen, ob dieses Vorgehen insgesamt sinnvoll ist. Obwohl aus dem Antrag nicht hervorgeht, ob das Netz an Bahnlinien und im ländlichen Bereich gleichzeitig ausgebaut wird, stimmen wir dem Antrag zu, wenn die Initiativen der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft des Bundes und des Freistaates aus Landesmitteln und Mitteln der 5G-Versteigerung das Schließen der weißen Flecken entlang der Bahnstrecken im ländlichen Raum sicherstellen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Mannes. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Inge Aures.

Inge Aures (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen ausdrücklich diese beiden Anträge. Ich sage gleich vorweg, dass wir diesen Anträgen natürlich zustimmen werden. Bayern bezeichnet sich selbst als Hochtechnologieland. Deshalb müsste es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass die 5G-Technologie greift und dass der Netzausbau entlang der Schienen extra forciert werden muss. Deshalb ist unsere Empfehlung auch, so wie es der Kollege von den GRÜNEN gerade gesagt hat, nicht zu warten, bis sich der Bund letzten Endes entschieden hat und die Sache auf den Weg bringt. Man muss parallel arbeiten, damit wir nicht noch mehr Zeit verlieren.

Ich möchte jetzt nicht auf die vorletzte Amtsperiode zurückkommen, während derer der Wirtschaftsminister Zeil große Versäumnisse zu verantworten hatte. Der Ausbau des Netzes ist wenig weit fortgeschritten. Wir hinken immer noch hinterher. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns im Bund dafür einsetzen. Ich fand es schon ein bisschen lustig, dass die FREIEN WÄHLER und die CSU die CSU-FREIE-WÄHLER-Staatsregierung auffordern, tätig zu werden. Diese muss jetzt wiederum die CSU, die in Berlin mitregiert, auffordern, dass sie tätig wird. Irgendwie ist das schon kurios. Wenn es der Sache dient, ist es aber auf jeden Fall nicht verkehrt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist schon besser als bei Zeil!)

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir zeitlich hinterherhinken. Deshalb müssen wir natürlich versuchen, diesen Ausbau weiter zu forcieren. Bereits am 21. Mai haben wir uns im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr dieses Themas angenommen. Leider gibt es darüber nur ein nicht öffentliches Protokoll, deshalb kann ich daraus nicht zitieren. Wir werden das Ganze aber gemeinsam weiterverfolgen.

Im Übrigen möchte ich noch darauf verweisen, dass die SPD-Fraktion vor drei Monaten bei den Haushaltsberatungen den Antrag gestellt hat, 2,5 Millionen Euro in diesem

Jahr und 5 Millionen Euro im nächsten Jahr in den Haushalt aufzunehmen, damit ein schnelles Internet für Regionalverkehrszüge ermöglicht werden kann. Leider sind wir mit diesem Antrag gescheitert. Deshalb appelliere ich an die Regierung: Legen Sie bitte dafür ein Förderprogramm auf. Sie haben in Ihrem Antrag selber weiße Flecken erwähnt. Schließen Sie diese weißen Flecken aber nicht wieder damit, dass Sie das Geld aus anderen Fördertöpfen abziehen. Das Geld muss on top, obendrauf, und dann wird sich langsam etwas tun.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Aures. Bleiben Sie bitte noch am Mikrofon. Es gibt eine Zwischenbemerkung. – Zuvor gebe ich aber noch bekannt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – Die Zwischenbemerkung kommt nun von Herrn Dr. Kaltenhauser von der FDP-Fraktion. Bitte sehr.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sie hatten eben Versäumnisse angesprochen, die unter dem Wirtschaftsminister Zeil passiert sein sollen. Ich frage Sie, ob Sie wissen, woher denn diese Lücken im Versorgungsnetz kamen. – Als die Post aufgelöst wurde, gab es ein Telekommunikations-Privatisierungsgesetz. In diesem Gesetz stand, dass Firmen, die Aufgaben der digitalen Versorgung übernehmen, flächendeckend agieren müssen. In dem Gesetz stand auch noch eine Klausel, nach der die digitale Versorgung jeweils an die technischen Standards angepasst werden muss. Der ursprüngliche technische Standard war ISDN. Dann sollte angepasst werden. Die Fachleute haben erwartet, dass es DSL werden würde. Was ist passiert? – Es wurde nicht DSL, sondern die Klausel zur Nachbesserung wurde herausgenommen. Das geschah unter Rot-Grün. Seitdem haben wir das Problem, dass die privaten Firmen nur noch dort investieren, wo es sich tatsächlich lohnt. Aus der Sicht der SPD den staatlichen Stellen vorzuwerfen, sie müssten dafür sorgen, dass diese Lücken wieder geschlossen werden, finde ich schon reichlich gewagt.

Inge Aures (SPD): Das mag sein, ist aber so.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Frau Aures. – Das Wort hat nun Herr Kollege Fischbach von der FDP.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer mit dem Zug reist, hat eigentlich viel Zeit, und jeder möchte diese Zeit effektiv nutzen. Wer aber in Bayern regelmäßig übers Land fährt, weiß, dass es eher ein seltenes Glück ist, telefonieren oder gar mit dem Smartphone im Internet surfen zu können. Dieser technologische Zustand ist kein Ruhmesblatt für den sonst so stolzen Freistaat Bayern. An dieser Situation hat sich in den letzten Jahren zu wenig geändert.

Daher finde ich den ersten Satz des Antrags sehr spannend, mit dem die beiden Regierungsfractionen die Staatsregierung dafür loben, dass sie sich bei der Bundesnetzagentur für die flächendeckende Versorgung mit 5G-Frequenzen eingesetzt hat. Ich bin darauf gespannt, wie man genau nachvollziehen kann, wie diese Versorgung erfolgen soll. Bisher habe ich aus der Union nur wahrgenommen, dass man 5G bitte nicht an jeder Milchkanne haben möchte. In diesem Sinne haben Sie sich dafür gerade nicht eingesetzt.

(Beifall bei der FDP)

Dennoch versuchen Sie mit diesem Dringlichkeitsantrag, den Eindruck zu erwecken, dass die Regierung beim Mobilfunkausbau die treibende Kraft sei. Die CSU ist seit 2005 in der Bundesregierung und stellt zusammen mit den FREIEN WÄHLER einen großen Teil der Bürgermeister und Landräte in Bayern und die Staatsregierung. Auch ein Minister Zeil wäre gerne bereit gewesen, noch mehr zu machen, wenn die CSU das zugelassen hätte.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Ach!)

Das heißt, wir müssten mit diesem Ausbau – und da kann sich jeder an die eigene Nase fassen – eigentlich schon weiter sein. Da gehören alle, auch die CSU, mit dazu. Deshalb sollten Sie keinen falschen Eindruck erwecken.

Ich sage Ihnen auch konkret eines: Der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur hat in letzter Zeit so viel Energie, so viel Zeit und so viel Geld für die gescheiterte und von Anfang an zum Scheitern verurteilte Pkw-Maut aufgewandt. Stattdessen hätte er sich lieber stärker um die zukunftsweisenden Themen, nämlich um die digitale Infrastruktur, kümmern sollen. Murren Sie also nicht nur, sondern werden Sie tätig und handeln Sie. Damit wäre deutlich mehr deutlich früher möglich gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Weiter liest man, dass die Erlöse der Vergabe dafür verwendet werden sollen, die Bahnstrecken bis 2024 mit Mobilfunk zu versorgen. Diese Erlöse sind aber zum Teil für den Digitalpakt vorgesehen. Herr Minister Piazzolo, haben Sie das eigentlich mitbekommen? – Gerade wird Ihnen Geld weggenommen und für andere Maßnahmen verplant. Wir müssen deshalb darüber reden, ob noch ausreichend Geld für den Digitalpakt vorhanden ist, damit wir in Bayern die digitale Infrastruktur an den Schulen finanzieren können, wenn das Geld für andere Maßnahmen vorgesehen wird.

Meine Damen und Herren, ich halte diesen Antrag für nicht zustimmungswürdig. Außerdem ist er viel zu wenig ambitioniert, nicht gut ausgearbeitet und nicht überzeugend. Wir werden diesen Antrag ablehnen bzw. uns zumindest der Stimme enthalten. Dem Antrag der GRÜNEN werden wir zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Nächster Redner ist der Kollege Manfred Eibl von den FREIEN WÄHLERN.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ein flächendeckender Internetzugang im regionalen Schienenverkehr macht

den ÖPNV nachweislich attraktiver und hilft dabei auch in gewissem Maße, den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Voraussetzung dafür ist aber eine gute Internetanbindung im Schienenverkehr, damit die Strecken mit einer ausreichenden Mobilfunkabdeckung ausgestattet werden. WLAN in den Waggons bringt sonst nämlich gar nichts.

Für die Mobilfunkversorgung sind aber in erster Linie die Netzbetreiber zuständig. Das bayerische Wirtschaftsministerium hat sich bei der Bundesnetzagentur erfolgreich dafür eingesetzt, im Rahmen der 5G-Frequenz-Auktion, die am 12. Juni zu Ende ging, neue Versorgungsaufgaben aufzunehmen. Unter anderem müssen Schienenwege mit mehr als 2.000 Fahrgästen pro Tag bis Ende 2020 mit 100 Mbit/s versorgt werden. Für die übrigen Schienenwege gilt die Vorgabe, bis Ende 2024 mit 50 Mbit/s versorgt zu werden. Das ist, glaube ich, schon ein Riesenschritt, den Bayern gegangen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Versteigerung ist ein Signal für eine Verbesserung des Mobilfunkausbaus speziell im Schienenverkehr. Das Wirtschaftsministerium hat sich in den letzten Jahren für ambitionierte und zugleich rechtssichere Versorgungsaufgaben ausgesprochen. Mit dem vorliegenden Kompromiss wurden wesentliche Verbesserungen im Vergleich zu den vorhergehenden Entwürfen erreicht. Das alles ist ein großer Erfolg für den Freistaat, vor allem aber für die vielen Nutzerinnen und Nutzer des Schienenpersonennahverkehrs.

Wenn eine flächendeckende Netzabdeckung gewährleistet ist, will das Bauministerium parallel dazu die Ausrüstung der Züge mit der erfolgreichen WLAN-Technik vorantreiben. Dafür möchten wir natürlich Bundesmittel, die bei der 5G-Frequenz-Versteigerung Erlöse wurden, einsetzen.

Meine Damen und Herren, vielleicht noch eine kurze Anmerkung zum Antrag der GRÜNEN. Grundvoraussetzung für WLAN entlang der Regionalstrecken ist, wie gesagt, eine qualitativ hochwertige Netzinfrastruktur. Ohne diese Grundvoraussetzung

können wir das nicht erreichen. Das ist aber nicht Aufgabe der Staatsregierung, sondern das muss vorab getätigt werden. Es wäre fahrlässig, Geld dafür zu investieren, wenn anderweitig daraus kein Nutzen resultiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Eibl. – Das Wort hat Herr Staatsminister Hubert Aiwanger.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Verbesserung des Mobilfunkausbaus liegt uns allen am Herzen. Wir sind dabei tatkräftig unterwegs. Sie wissen, dass Bayern als einziges Bundesland ein Förderprogramm aufgelegt hat, das von der EU genehmigt worden ist, um weiße Flecken in der Fläche zu schließen. Mittlerweile haben an die 400 Gemeinden Bayerns einen Antrag gestellt, dass weiße Flecken geschlossen werden. Ein Teil dieses Schließens von weißen Flecken wird auch Bahnstrecken abdecken. Sonst ist die Abdeckung der Bahnstrecken zunächst einmal Aufgabe der Mobilfunkbetreiber, die auch die Zusage gemacht haben, im Zuge des 5G-Ausbaus bis Ende dieses Jahres die Haupt-ICE-Strecken mit 50 Mbit/s und bis Ende 2022 mit 100 Mbit/s abzudecken. Bis Ende 2024 sollen dann alle Schienenstrecken mit mindestens 50 Mbit/s bedient werden. Das ist die Versorgung von außen über die Mobilfunkbetreiber.

Damit ist aber noch nicht das Handy im Zug erreicht, weil die Züge jetzt noch technisch in die Lage versetzt werden müssen, diese Mobilfunkverbindung auch aufzubauen. Die Fenster und die Bauweisen führen dazu, dass diese Strahlungen in der Regel abgeschirmt werden und im Zug dann ein schlechter Empfang besteht, obwohl man vielleicht draußen vor dem Zug stehend den Empfang hätte. Jetzt müssen wir also sozusagen rein in die Waggons. Wie geht das? – Es kostet Geld, und jetzt ist wieder die Frage: Sind wir bereit, bayerisches Steuergeld – wir sprechen dabei von 40 Millio-

nen Euro aufwärts – in die Hand zu nehmen, um die Züge, um die Regionalzüge und die Waggonen, auszurüsten?

Ich bin dafür, dass wir hier noch mehr Geld einsetzen. Natürlich wird man uns dann bei den Nachtragshaushaltsverhandlungen wieder vorwerfen: Ihr werft so viel Geld zum Fenster hinaus und schafft es nicht, in Zeiten guter Steuereinnahmen die Schulden abzubauen. Irgendwann muss man sich aber entscheiden, wohin man will. Ich bin der Meinung, wir sollten dort investieren, und zwar auch in das alte Zugmaterial, um an der Stelle einfach dabei zu sein.

Gleichwohl müssen wir bei neuen Ausschreibungen in die Richtung gehen, dass diejenigen, die die Ausschreibung gewinnen wollen, das von sich aus einbauen müssen; es ist natürlich deutlich günstiger, das Ganze bei den neuen Waggonen bereits ab Werk einzubauen. Die Nachrüstung ist sehr teuer. Pro Waggon kann das in die Zehntausende von Euro gehen.

Auf der einen Seite müssen und wollen wir diesen Weg gehen. Auf der anderen Seite wollen wir natürlich nicht alles wieder mit bayerischem Steuergeld abfangen. Deshalb: Danke für diesen Antrag, damit der Druck auf den Bund aufrechterhalten bleibt, zum Beispiel für die Repeater-Ausrüstung Geld zu geben, und wir hier aber auch die Abdeckung der Bahnlinien von außen garantiert zeitnah – wie versprochen – erreichen.

Mir ist das aber noch nicht ehrgeizig genug. Ich würde die Mobilfunkbetreiber gerne zu mehr Geschwindigkeit anhalten; denn bis Ende 2024 sind es immerhin noch vier, fünf, Jahre, bis das umgesetzt ist. In der schnelllebigen Handywelt von heute ist das eine lange Zeit.

Aber auch auf diesem Gebiet ist das Geld eben nicht vermehrbar. Natürlich wurden 6,5 Milliarden Euro über diese 5G-Frequenzversteigerung eingespielt. Jetzt ist die Ansage: Okay, gebt uns einen Teil davon. Gebt einen Teil an die Mobilfunkbetreiber zurück, oder gebt Ihnen Geld, damit sie das schneller umsetzen. Dann fehlt das Geld

aber natürlich an anderer Stelle, wo es schon verplant ist. Die Gelddruckmaschine haben wir leider noch nicht erfunden.

Trotzdem müssen wir den Bund unter Druck halten, dass die Leistungen der Mobilfunkbetreiber schneller abgerufen werden. Wir werden in Bayern auch im Zuge der Nachtragshaushaltsdebatten die Front eröffnen, ob wir bereit sind, mehr bayerisches Geld in das schon vorhandene Waggonmaterial zu investieren, um damit am Ende in Bayern schnell Fakten zu schaffen.

Wir sind dann aber genau an demselben Punkt wie beim Bayerischen Mobilfunk-Förderprogramm für die weißen Flecken – dafür geben wir 80 Millionen Euro aus: Am Ende geben wir wohl Hunderte Millionen Euro aus, obwohl andere zuständig wären – entweder die Bahn oder die Regionalbahnbetreiber oder die Mobilfunkbetreiber. Nach Abwägung aller Tatsachen sollten wir aber mehr bayerisches Geld in die Hand nehmen, um noch schneller zu werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Herr Aiwanger, kommen Sie bitte noch einmal an das Mikrofon zurück. Bei uns wurden Zwischenbemerkungen von Herrn Mannes, Herrn Fischbach und Herrn Adjei angemeldet. Herr Mannes von der AfD-Fraktion ist der Erste. Bitte sehr.

Gerd Mannes (AfD): Herr Aiwanger, wir sind alle dafür, dass wir WLAN haben, während wir Bahn fahren. Ich habe jetzt eine Frage. Was ich nicht verstanden habe, bzw. ich weiß nicht, ob ich Ihnen richtig zugehört habe: Was wollen Sie aus eigenen Staatsmitteln umsetzen, und was soll konkret der Bund machen? Bis wann wollen Sie das umsetzen, und wie viel Geld soll das alles kosten? Wer soll wie viel Geld in die Hand nehmen? Könnten Sie dazu bitte noch ein bisschen etwas sagen?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):

Okay. Ich habe es gesagt, aber ich wiederhole es noch einmal langsamer.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden mindestens 40 Millionen Euro bayerisches Steuergeld nehmen müssen, um schon vorhandenes Wagenmaterial der Regionalzüge mit Repeatern auszurüsten, wenn wir das wollen. Derzeit nehmen wir 80 Millionen Euro in die Hand, um weiße Flecken in den Gemeinden zu schließen, wovon ein Teil auch der Abdeckung der Bahnstrecken zugutekommt.

Das andere – die 6,5 Milliarden Euro, die für die 5G-Frequenzen eingenommen wurden – ist Bundesgeld. Wenn der Bund den Mobilfunkbetreibern einen Teil davon gäbe, damit sie alle Schienennetze nicht erst 2024, sondern vielleicht zwei Jahre eher bedienen, und einen Teil dafür gäbe, dass sie 100 Mbit/s bei den ICE-Strecken nicht erst 2022 haben, sondern etwas eher, dann wäre der Bevölkerung geholfen. – Bayerisches Geld: 40 Millionen Euro plus für die vorhandenen Regionalwaggons.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Jetzt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Fischbach von der FDP.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben das Mobilfunkprogramm für die bayerischen Gemeinden angesprochen und gesagt, dafür hätten sich so viele gemeldet. – Meine Gemeinde hat das auch gemacht, weil in einem Ortsteil, in dem jedes Jahr die Kirchweih stattfindet, immer die Menschen von dem Kirchweihzelt Hunderte Meter weglaufen, bis sie endlich telefonieren können. Als Antwort bekommen wir: Auf der Karte des bayerischen Wirtschaftsministeriums zur Sprachmobilfunkversorgung sind keine unterversorgten Flächen zu erkennen. Das heißt, wir können nicht an der Förderung teilhaben.

Ich habe Ähnliches von anderen Orten in Mittelfranken auch schon gehört. Wie können Sie daher sagen, dass dieses Programm gut funktioniere, wenn man immer wie-

der erlebt: Da gibt es faktisch Funklöcher, und man kann dieses Programm nicht in Anspruch nehmen. Was erklären Sie diesen Bürgermeistern, wenn sie Sie fragen, wie man damit umgehen soll?

(Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Fischbach. – Vielleicht können wir die Geräuschkulisse ein bisschen runterfahren. – Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich danke auch für diese Frage. Sagen Sie bitte Ihrem Bürgermeister, er soll einen Brief an das Wirtschaftsministerium schreiben, in dem er seine Gemeinde darstellt und erklärt, an welcher Stelle er einen weißen Fleck sieht. Ich gebe diesen Brief dann an die Mobilfunkzentrale in Regensburg weiter. Er kann sich direkt dort melden, oder er kann es – wie gesagt – über den Umweg Wirtschaftsministerium machen.

Wir prüfen, ob dort ein weißer Fleck vorhanden ist, der nach jetzigen Berechnungen nicht als weißer Fleck erscheint; denn die jetzige Karte ist nicht ermessen, sondern errechnet. Wir haben manchmal tatsächlich Fälle, wo real ein weißer Fleck vorliegt, der in der Karte aber nicht auftaucht. Wenn das der Fall ist, gilt nicht das Papier, sondern die Realität. Es wird dann nachgemessen, und wenn es sich wirklich um einen weißen Fleck handelt, an dem keiner der Hauptanbieter von Mobilfunk funktioniert, wird dort ein Zuschlag gegeben, dass sich einer bewerben darf und einen Masten bekommt, wenn er einen will.

Wenn aber vielleicht Vodafone funktioniert und die Telekom nicht oder umgekehrt, ist das allerdings kein weißer Fleck, sondern es ist ein grauer Fleck. Wir dürfen da laut EU-Vorgaben mit bayerischem Steuergeld nicht helfen. Also: Wenden Sie sich vertrauensvoll an mich; der Bürgermeister soll einen Brief schreiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Jetzt die Zwischenbemerkung von Herrn Adjei von den GRÜNEN, bitte.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr verehrter Herr Staatsminister, Sie haben gerade gesagt, dass Sie die Ausschreibungskriterien dementsprechend ändern wollen – eigentlich wortgleich, wie wir es in unserem Antrag vorhin formuliert haben. Ich gehe davon aus, dass Sie jetzt nicht nur leere Worthülsen von sich geben, sondern auch entsprechend handeln und diesem Antrag von uns zustimmen werden. Ist diese Annahme richtig?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Nein.

(Zuruf von den GRÜNEN: Warum?)

Ich schaue ihn mir noch einmal genau an.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/2595 – das ist der Antrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die AfD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos) und die SPD. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen eines Abgeordneten der GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung der GRÜNEN, der FDP sowie des Abgeordneten Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Für den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 18/2618 wurde namentliche Abstimmung beantragt. Diese findet nun statt. Die Urnen stehen bereit. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18:39 bis 18:44 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Auszählung der Stimmkarten findet außerhalb des Plenarsaals statt. Ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen, damit wir in den Beratungen fortfahren können.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zum Abschluss der Debatte über die Dringlichkeitsanträge gebe ich jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "WLAN in Bayerischen Regionalbahnen – WLAN-Empfang als Standardausschreibungskriterium bei der Vergabe von Bahnleistungen", Drucksache 18/2618, bekannt. Mit Ja haben 51 gestimmt, mit Nein haben 106 gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.06.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; WLAN in Bayerischen Regionalbahnen - WLAN-Empfang als Standardausschreibungskriterium bei der Vergabe von Bahnleistungen (Drucksache 18/2618)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adje Benjamin	X			Fehlner Martina			
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias	X		
Aiwanger Hubert		X		Flierl Alexander		X	
Arnold Horst	X			Flisek Christian	X		
Aures Inge	X			Franke Anne			
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Patrick			
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara			
Baumgärtner Jürgen				Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus		X		Ganserer Markus (Tessa)	X		
Becher Johannes	X			Gehring Thomas	X		
Becker Barbara		X		Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Blume Markus		X		Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin		X		Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal				Graupner Richard			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald	X		
von Brunn Florian	X			Guttenberger Petra			
Dr. Büchler Markus	X						
Busch Michael	X			Häusler Johann		X	
				Hagen Martin	X		
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne		X		Halbleib Volkmar	X		
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian	X			Hartmann Ludwig			
Demirel Gülseren	X			Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex				Haubrich Christina	X		
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert				Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin		X		Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard				Dr. Heubisch Wolfgang			
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra	X		
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander			
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	51	106	0